

Direkt vom Besuch des belgischen Königspaares in Berlin nach Schaafheim

Michael Gahler (MdEP) informierte die Christdemokraten über Brüssel und seine parlamentarische Tätigkeiten

Der Europa-Abgeordnete Michael Gahler besuchte am vergangenen Montag, den 17. Februar 2014, die Christdemokraten aus Schaafheim und Babenhausen. Er informierte über verschiedene Ereignisse im Europa-Parlament. Für Ihn sei im Europäischen Parlament unbedingt eine bürgerliche Mehrheit notwendig, damit in Brüssel für Europa gearbeitet werden könne. Sehr wichtig sei, dass die WählerInnen im Mai zur Urne gingen. Eine geringe Wahlbeteiligung würde Hessen schaden.

Der Schaafheimer CDU-Vorsitzende Ralph Pittich konnte im Vereinsheim der Sängervereinigung Schaafheim auch zahlreiche Gäste vom CDU Stadtverband Babenhausen willkommen heißen. Es war kurzfristig gelungen den Europa-Abgeordneten Michael Gahler zu einem Termin in Schaafheim zu gewinnen. Er kam direkt aus Berlin, wo die vierte Deutsch-Belgische Konferenz stattfand. Sie wurde auch vom belgischen Königspaar Philippe und Mathilde besucht. Die Zusammenarbeit mit Belgien sei wichtig betonte Bundespräsident Gauck, und erinnerte daran, dass Belgien nach 1945 als eines der ersten Länder mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen aufgenommen hatte.

Auf dem Landesparteitag zur Erstellung der neuen Kandidatenliste der hessischen Union am 8. Februar 2014 in Stadtallendorf wurde die gute Arbeit von Michael Gahler erneut mit dem Listenplatz 2 bestätigt.

Michael Gahler gab es Ziel für die Europawahl im Mai 2014 heraus, dass die hessische CDU wieder drei Mandate erringen sollte. Beim letzten Mal gab es nur eine Wahlbeteiligung von 38 %. Diese Marke müsse die Aufgabe der Demokraten sein, müsse deutlich ansteigen. Es wäre die Pflicht den WählerInnen zu verdeutlichen, dass nur eine kraftvolle Wahlbeteiligung die europäische Idee unterstütze. Eine schwache Wahlbeteiligung nütze nur den kleinen Parteien und Europa-Gegnern.

Die CDU Hessen konnte mit 36,7 % wieder stärkste Kraft werden, aber konnte nur noch zwei Abgeordnete entsenden. Die CDU Hessen wolle aktiv um Stimmen werden, damit wieder drei CDU-ler ins Europäische Parlament gewählt würden.

In Brüssel brauche man eine gute bürgerliche Mehrheit, damit weiter seriöse Politik möglich werde. Die Alternative wären Auftritte a la des Deutschen wie in Israel.

Es müsse jedem klar sein, dass eine linke Mehrheit durch die Euro-Bonds die Schulden jeden Landes auf die anderen Länder verteile. Hier würde Deutschland natürlich besonders stark zur Kasse gebeten. Der Weg der EVP, dass die verschuldeten Länder sich an Kriterien zur Wiedererlangung der Stabilität halten müssten, und nur hierzu finanzielle Unterstützung gewährt wurde, trug gute Früchte. Ein gutes Beispiel sei Irland, was mittlerweile den Rettungsschirm verlassen konnte. Deutschland sei der Motor der EU!

Gahler erinnerte auch daran, dass im Jahr 1998 in der Währungsunion mit dem Euro Griechenland nicht enthalten war. Hier holten Schröder und sein Finanzminister Eichel die Griechen mit ihrer besonderen Bilanz ins Boot.

Für einen stabilen Euro sei eine unabhängige Europäische Zentralbank wichtig. Nicht die Regierungen bestimmten den Kurs des Euros sondern die Fachleute der EZB.

Eine bittere Medizin für verschiedene Regierungen innerhalb der EU sei die Überprüfung der Haushalte 2015, ob die Vorgaben der Konsolidierung eingehalten wurden

Bei der Banken-Union sollen nur als Letzte die Steuerzahler haften. Erst müssten die Banken eine große Eigenhaftung garantieren. Es sollen Gläubiger und ein Sicherungsfond der Banken folgen. Die deutschen Sicherungsfonds sollen nicht für nicht deutsche Banken herangezogen werden. Die großen Banken sollen eigene Sicherungssysteme finanzieren und aufbauen.

Bei der Migration wären die politisch Verfolgten besonders aus Kriegsgebieten unbestritten. Innerhalb der EU gelte eine Freizügigkeit für Arbeitnehmer, aber nicht für Empfänger von Sozialhilfe! Es läge an den Kommunen und Kreisen, ob Sie z.B. bei Anmeldung von selbständigem Gewerbe eine Plausibilitätsprüfung durchführten. Wer die Kriterien nicht erfüllte, dem sollten die Kommunen keinen Gewerbeschein ausstellen. Es läge an den Kreisen, ob Sie bei Missbrauch eine Rückführung veranlassten.

In der Diskussionsrunde wurden folgende Themen angesprochen:

Leistungshöchstgrenze bei Staubsaugern um Energie zu sparen,
das Pendeln des Europäischen Parlamentes zwischen Brüssel und Strasbourg,
Versagung des Aufenthaltsrechtes einer syrischen Familie, die über Italien in die EU kam.

Vorsitzender Ralph Pittich dankte dem Abgeordneten Michael Gahler für die Vielfalt der Informationen und schloss die Versammlung.

W. R. / 18.02.2014